

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/58

Bonn, den 24. März 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Nicht erhehend</u> Über Innenpolitik wurde nicht geredet - Nach dem CDU-Parteitag	46
2	<u>Kleinlich und schikanös</u> Die neuen Zollbestimmungen - Überforderte Zollbeamte	45
3 - 4	<u>"Noch mehr für die alten Menschen tun"</u> Die Altenpflege-Lehrgänge der Arbeiterwohlfahrt in Berlin	70
4	<u>Ein Vorbild</u> Zum Tode von Marie Elisabeth Lüders	24
5	<u>Eine Aufgabe für die Gesundheitsministerin</u> Gebärmutterkrebs - kein unabwendbares Schicksal	47
6	<u>Jugoslawiens Wirtschaft findet nicht genügend Fachkräfte</u> Qualifizierte Techniker ziehen gutbezahlte Verwaltungsposten vor Von H.P. Rullmann, Belgrad	46

Nicht erhebend

Über Innenpolitik wurde nicht geredet - Nach dem CDU-Parteitag

G.M. - Die CDU, jene Partei also, die seit 1949 die Regierungsspitze in der Bundesrepublik stellt, hat einen erstaunlichen Parteitag hinter sich gebracht. Die Veränderungen im Parteivorstand vollzogen sich nicht ohne Überraschungen. Der neue Vorsitzende Erhard und sein "Kronprinz" Barzel gelangten nur mit einem erheblichen Prozentsatz von Gegenstimmen über die Hürden. Das wäre für die deutsche Politik nicht tragisch, weil man doch erwartet, daß in einer so großen Partei wie der CDU auch unterschiedliche Einschätzungen über die Führungsqualitäten einzelner Personen bestehen.

- * Erstaunlich und zugleich beschämend ist die Tatsache, daß die Spitzenreiter der langjährigen Regierungspartei drei Tage lang unverbündliche außenpolitische Gemeinplätze von sich gaben, ohne auch nur ein einziges der das deutsche Volk bedrängenden innenpolitischen Probleme überhaupt nur anzusprechen. Das ist in der Geschichte der deutschen Parteien noch nicht dagewesen; weder in der Weimarer Republik, noch in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Bundesfinanzen und die von jeder CDU-Regierung in Aussicht gestellte Große Finanzreform, der Bildungsnotstand, die Sicherung der Führung, die Lohn- und Preispolitik, die großen Probleme der Sozialpolitik die Fragen der Gesundheitspolitik, des sozialen Wohnungsbaus und nicht zuletzt die Strafrechtsreform - über alle diese jeden einzelnen Bürger berührenden Fragen schwieg sich der CDU-Parteitag aus.

Das Schweigen war so nachdrücklich, daß es hierfür nur eine Erklärung gibt. Die stärkste Regierungspartei scheut sich, öffentlich darzustellen, welchen Beitrag sie zur Lösung der innenpolitischen Probleme zu bringen gedenkt, weil sie von diesen weder eine klare Vorstellung hat, noch gewillt ist, mehr zu sein als ein Anhängsel der Regierung und der Ministerialbürokratie.

Dieses Ausweichen der stärksten Regierungspartei vor den Aufgaben der deutschen Innenpolitik ist gefährlich. Es führt dazu, daß der Bürger glauben muß, die CDU verzichte auf die Entwicklung konstruktiver Ideen und damit auf die notwendige Durchlebung der Demokratie.

In der Außenpolitik war man dagegen ganz groß. Das ist verständlich. Einmal gibt es innerhalb der CDU sowieso mehrere außenpolitische Richtungen, deren Exponenten sich seit Jahren daran gewöhnt haben, zu nichts verpflichtende Unverbindlichkeiten als Politik zu deklarieren. Dann aber ist das Reden über Außenpolitik bequem, weil nur wenige Bürger in der Lage sind, Tatsachen, Hoffnungen und Zielsetzungen in ein vernünftiges Koordinatensystem zu bringen, das den Anspruch erheben könnte, den Realitäten der Umwelt gerecht zu werden.

Es gab eine Zeit, da rang man in der CDU noch um Meinungen. Diesmal kämpfte man nur um Positionen in der Führungsspitze. Wir freuen uns nicht darüber, denn wenn die stärkste Regierungspartei der Bundesrepublik nicht mehr zu bieten hat als das Schauspiel einer schlecht verhüllten Auseinandersetzung über Personen, dann ist das für die deutsche Demokratie nicht gerade erhebend.

Kleinlich und schikanös

Die neuen Zollbestimmungen - Überforderte Zollbeamte

hh - Manchmal hat man den Eindruck, das Bundesfinanzministerium tut alles, um die nachbarlichen Beziehungen der Bundesbürger mit den Bewohnern der angrenzenden Staaten zu erschweren. Jedenfalls sind die Zollbestimmungen für die Privatreisenden im Laufe der Jahre immer härter geworden. Hinzu kommt der immer größer werdende Unterschied in den Zollsätzen für Privatimporte aus den EWG-Ländern und den EFTA-Ländern. Wer eine Flasche Wein aus Frankreich mitbringt, muß zehn Pfennige Zoll zahlen; wer es wagt, eine Flasche Wein aus der Schweiz mitzubringen, aber 1,30 DM. Man kann die Zollbeamten bedauern, die zum Teil mit kleinsten Mengen wie etwa die Apotheker umgehen müssen.

Nach den neuen Bestimmungen dürfen nunmehr Passagiere von Fahrgastschiffen nur noch vier Zigarren oder zehn Zigaretten oder 25 Gramm Rauchtobak mit zwanzig Zigarettenhüllen mitbringen. Das gilt, wenn das Schiff weniger als acht Stunden auf See war und "nicht über die hohe See aus einem ausländischen Hafen gekommen ist". Man stelle sich den Eindruck auf Touristen vor, wenn der Zöllner daherkommt und nachzählt, ob man elf oder zehn Zigaretten mitgebracht hat oder vielleicht 28 statt 25 Gramm Tabak.

Von Liberalität kann keine Rede sein. Man hat den Eindruck, die gesamte deutsche Wirtschaft würde zusammenbrechen, wenn man nicht pingelig genau engste Grenzen für Reisemitbringsel zieht. So dürfen Lebensmittel überhaupt nur zollfrei mitgebracht werden, die der Rückreise zum Heimatort als Wegzehrung entsprechen.

Praktisch jeder Staat in Europa gestattet das Mitbringen von Andenken nach einer längeren Auslandsreise großzügig. Die Bundesrepublik setzt eine Wertgrenze von hundert DM und beschränkt das auf gewisse Waren. So kann man Blumen oder Spitzen, Kunstdrucke oder modische Schirme bis zum Betrag von hundert DM mitnehmen, aber keineswegs etwa einen Haushaltsgegenstand. Lebensmittel sind verboten, nur Bonbons, feine Backwaren oder andere Süßigkeiten gestattet.

Nunmehr ist die Zollabschirmung auch für den Touristenverkehr bei Reisen in die EFTA-Staaten auf 15 Prozent des Warenwerts angestiegen. Bei der Rückkehr aus EWG-Staaten gilt hingegen die Zollgrenze von fünf Prozent. Für die Bewohner an der Grenze sind scharfe Grenzen gezogen. Man darf sich da überhaupt nicht mehr als 500 Gramm Butter oder 500 Gramm Zucker mitbringen.

Noch kurioser wird die ganze Angelegenheit, wenn man sich die Zollfreiheit für den Mund- und Schiffsvorrat der Fischer an der deutschen Nord- und Ostseeküste ansieht, die ja in keiner Weise auf Rosen gebettet sind. Da ließ das Bundesfinanzministerium den SPD-Abgeordneten Dr. Richard Tamblé aus Westerland auf dessen Anfrage wissen: "Mund- und Schiffsvorrat auf Fischereifahrzeugen ist nicht zollfrei, wenn die Schiffe nach den üblichen kurzen Fangreisen ins Zollgebiet zurückkehren."

"Noch mehr für die alten Menschen tun"

Die Altenpflege-Lehrgänge der Arbeiterwohlfahrt in Berlin

AW - In Altenklubs und Altentagesstätten sowie bei Erholungsmaßnahmen wird versucht, der Isolierung alleinstehender alter Menschen zu begegnen. In diesen Einrichtungen, aber auch in Alten- und Pflageheimen und nicht zuletzt für die häusliche Versorgung pflegebedürftiger alter Menschen werden geschulte Kräfte benötigt. Noch gibt es längst nicht genug solcher Kräfte. Besonders in Großstädten macht sich dieser Mangel bemerkbar. Einen spürbaren Beitrag zur Behebung dieses Mangels in Berlin leisten die von der dortigen Arbeiterwohlfahrt veranstalteten Altenpflege-Lehrgänge.

Zur Zeit läuft in Berlin der 13. Lehrgang dieser Art. In den vorausgegangenen zwölf Altenpflege-Lehrgängen konnten insgesamt 287 Frauen und Männer die Befähigung als Altenpfleger(in) erwerben. In allen Lehrgängen sind Frauen mittlerer Jahrgänge besonders stark vertreten. Angehörige dieser Bevölkerungsgruppen haben in jungen Jahren oft keine Berufsausbildung erhalten. Viele dieser Frauen sehen in den Altenpflege-Lehrgängen mit Recht eine Möglichkeit, sich noch in vorgeschrittenem Alter für einen qualifizierten Beruf ausbilden zu lassen, der fraulichen Neigungen und Begabungen entgegenkommt, gute Aussichten bietet, unter günstigen, tariflich geregelten Arbeitsbedingungen ausgeübt wird und eine sinnvolle Lebensaufgabe darstellt. Daß es der Berliner Arbeiterwohlfahrt gelungen ist, auch Männer für den Altenpflege-Beruf anzuwerben, ist besonders verdienstvoll. Bei manchen Pflege-Verrichtungen, zum Beispiel dann, wenn bettlägerige Patienten mit großen Körpergewicht von ihren Zimmern in die Behandlungsräume und zurück gebracht werden müssen, oder bei bestimmten pflegerischen Diensten, die Männern geleistet werden, sind männliche Pflegekräfte nahezu unentbehrlich.

Die Teilnehmer an den Lehrgängen haben sich zu einer Ausbildung entschlossen, die erhebliche Anforderungen an sie stellt. Vor allem deshalb, weil diese Ausbildung vornehmlich in den Abendstunden - also neben der Berufsarbeit - zwischen 18 und 21 Uhr sowie an den Wochenenden zu absolvieren ist. Manche der Teilnehmer sind bereits seit Jahren pflegerisch tätig; viele kommen aus sehr anders gearteten Berufstätigkeiten. Der Lehrplan des viermonatigen Ausbildungslehrganges weist 35 Stunden theoretischer Ausbildung und 96 Praxisstunden aus. Bei den letzteren handelt es sich um ein geschlossenes Praktikum, das auf den Stationen des Krankenhauses für chronisch Kranke in Berlin-Buckow abgeleistet wird. Hinzu kommt ein Wochenend-Seminar, beginnend Freitag, 14 Uhr, endend Sonntag, 18 Uhr, für das insgesamt 24 Arbeitsstunden vorgesehen sind. Schließlich muß jeder Teilnehmer Nachtwache übernehmen und in der Fürsorgesprechstunde hospitieren. Für die Teilnahme am Lehrgang werden keine Kosten erhoben.

Mit zwei Vorprüfungen und einer Hauptprüfung werden die Lehrgänge abgeschlossen. Die mündliche Hauptprüfung erfolgt in Gegenwart

eines Vertreters des Berliner Senators für Arbeit und Sozialwesen. Nach bestandener Prüfung erhalten die Lehrgangsteilnehmer ein "Zeugnis über die Befähigung als Altenpfleger(in)", das die Unterschrift der Geschäftsführenden Vorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt der Stadt Berlin e.V., des Vertreters des Senators für Arbeit und Sozialwesen und des Leiters der Ausbildungsstätte für Altenpflege trägt. - Oft wird behauptet, die Menschen unserer Zeit hätten den "Mut zum Dienen" verlernt. Wirft man einen Blick in die von den Lehrgangsteilnehmern schriftlich niedergelegten Begründungen ihres Entschlusses, Altenpflege als Beruf auszuüben, dann wird man eines besseren belehrt. Da heißt es:

"...möchte, da mir die Pflege alter Menschen zusagt und ich noch keine Berufsausbildung abgeschlossen habe, den Beruf einer Altenpflegerin erlernen"; - "...mit Freude erfüllt, daß sich ein Teil meines Kindheitswunsches erfüllt, den Menschen zu dienen"; - "...ich möchte im pflegerischen Dienst noch mehr für die alten Menschen tun"; - "...da ich sehr viel Liebe und Geduld für kranke oder alte Menschen aufbringe, will ich mich um eine Stelle als Pflegerin im Krankenhaus für chronisch Kranke bewerben"; - "...immer sehr großes Interesse für alte Leute und ihre Probleme gehabt, deshalb habe ich mich entschlossen, einen Lehrgang mitzumachen".

Dies schrieben eine Raumpflegerin (Jahrgang 1918), drei Frauen ohne Berufsausbildung Jahrgänge 1911, 1913 und 1917, eine Abiturientin (Jahrgang 1945) und ein Schlosser (Jahrgang 1915) - Am Mut zum Dienen fehlt es nicht. Man muß nur denen, die ihn aufzubringen bereit sind, eine angemessene Chance einräumen.

+ + +

Ein Vorbild

Zum Tode von Marie Elisabeth Lüders

sp - Allen, die sie kannten, wird sie ein unvergeßliches Vorbild bleiben - Frau Dr. Marie Elisabeth Lüders, nun im hohen Alter von 87 Jahren in ihrer Vaterstadt Berlin, deren Ehrenbürgerin sie war, gestorben. Von Jugend an hatte sie sich der Politik verschrieben, die für sie Dienst am Menschen bedeutete. Sie haßte Vorurteile, und sie selbst durchbrach die Barrieren, die im wilhelminischen Zeitalter als unüberschreitbar für die Frauen galten. Als erste Frau in Deutschland promovierte sie zum Doktor der Staatswissenschaften, war im Ersten Weltkrieg mit dem Rang eines Majors Frauenreferentin im Kriegsministerium und Stadträtin für das Sozialwesen in Berlin. Spätere Stationen ihres Lebenswegs: Von 1919 bis 1932 Abgeordnete im Reichstag der Weimarer Republik, während des Dritten Reiches nach Zuchthausstrafen von aller öffentlichen Wirksamkeit ausgeschaltet, von 1953 bis 1961 FDP-Mitglied des Deutschen Bundestages. Auf internationalen Frauenkongressen gehörte sie zu den beachtetesten Rednern, erwarb sie viele Freunde. Ihr ganzes Streben galt der Erhaltung des Friedens und der Festigung der Demokratie. In ihrer Abschiedsrede fand sie dafür geradezu beschwörende Worte. Pioniere wie Frau Lüders erkämpften den Weg für die Gleichberechtigung der Frau im politischen und gesellschaftlichen Leben. Ihre Güte, ihr Witz und Humor, ihr scharfer Intellekt und ihr unbestechliches Urteilsvermögen schlugen alle in Bann. Frau Lüders wußte von der Anfälligkeit des Menschen, ohne am Menschen zu verzweifeln. Sie verabscheute das hohle Pathos und fand direkt den Weg zu den Herzen. Unser Volk hat in Marie Elisabeth Lüders eine große Persönlichkeit verloren!

+ + +

Eine Aufgabe für die Gesundheitsministerin

Gebärmutterkrebs - kein unabwendbares Schicksal

ap - Im Staate New York ist der heimtückische Gebärmutterhalskrebs praktisch ausgerottet worden. In Bayern, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz müssen noch sehr viele Frauen daran sterben, mehr als beispielsweise in Nordrhein-Westfalen. Das ist nicht deshalb der Fall, weil etwa diese spezielle Krebserkrankung in der Welt unterschiedlich verbreitet ist, sondern weil man an einigen Plätzen mit modernen Methoden und in anderen Bezirken noch gar nicht gegen den Gebärmutterhalskrebs angeht. Dabei ist diese Krebskrankheit zu fast 98 Prozent im Frühstadium heilbar und auch erkennbar.

Im Staate New York ist seit 35 Jahren jede Frau verpflichtet, sich einmal im Jahr einer zytologischen Untersuchung zu unterziehen. Die Untersuchung ist kostenlos. Anhand der Zellabstrich-Methode ist der Krebs frühzeitig erkennbar. Die Folge ist: Im Staate New York gibt es so gut wie keinen Gebärmutterhalskrebs mehr. Auch in weiten Bereichen der Vereinigten Staaten, wo die kostenlose Untersuchungspflicht noch nicht voll besteht, gelang es, dieses Krebsleiden stärker als woanders auszurotten. Man besitzt in den USA schon seit etwa zehn Jahren die elektronische Auszählmethode. Anhand der Statistischen Reihen über die vorgenommenen Zellabstriche kann man tiefen Einblick in das Wesen dieses Krebses, bezogen auf Altersgruppen und andere Merkmale, bekommen.

Kun hat Professor Warburg, der Berliner Nobelpreisträger, kürzlich darauf hingewiesen, daß die Behörden heute durchaus in der Lage wären, die Bevölkerung in viel größerem Umfange gegen den Krebs zu schützen. Das ist richtig und trifft in allererster Linie für die häufig vorkommende Gebärmutterhals-Geschwulst zu. Wo keine speziellen Untersuchungsbehörden sind, da kann nicht geholfen werden. Und wo kein Geld ist, können diese Einrichtungen nicht geschaffen werden. Das gilt für weite Gebiete Westdeutschlands. Wer in einer Universitätsstadt wohnt, hat mehr Überlebenschancen, falls er von diesem Krebsleiden befallen wird. So bestehen in Erlangen und Würzburg solche Einrichtungen.

Sonst gibt es sie nirgends im Bundesgebiet und am wenigsten dort, wo die Flächenstaaten mit der permanenten Finanznot zu kämpfen haben. Die Einrichtung der Untersuchungsstellen ist eine Sache der Länder, der Landesgesundheitsämter. Nun ist eingewendet worden, auch die Einrichtung derartiger Stellen würde nichts helfen, weil es einfach nicht genügend Ärzte gibt, die die sehr schwierige Zellabstrich-Methode beherrschen. Auch das ist richtig. Hinzu kommt, daß sehr große Erfahrungen notwendig sind, um den Gebärmutterhalskrebs im Frühstadium zu erkennen.

Aber wer hindert denn den Bund daran, als Vorwegschaltung der Untersuchungsstellen in den Bundesländern für eine zentrale Ausbildung des ärztlichen Personals Mittel bereitzustellen. Es wird hohe Zeit, daß sich der Bundestag dieser Angelegenheit annimmt. Es kann doch nicht so sein, daß eine erkrankte Frau in einem armen Bundesland, in der Provinz, eher sterben muß als jene, die das Glück hat, in der Nähe eines Universitäts-Instituts zu leben und die aufgeklärt worden ist.

Jugoslawiens Wirtschaft findet nicht genügend Fachkräfte

Qualifizierte Techniker ziehen gutbezahlte Verwaltungsposten vor

Von H. P. Rullmann, Belgrad

Im Verlauf der letzten Sitzung des Zentralkomitees des "Bundes der Kommunisten Jugoslawiens" kam es zu scharfen Auseinandersetzungen über die Wirtschaftsreform. Marschall Tito machte führenden Parteimitgliedern den Vorwurf, sie blockierten die Reform für solche Kommunisten, so sagte er, gebe es keinen Platz in der Partei. Sie sollten besser austreten. Aber wider Erwarten wurden keine Namen genannt, was den Wert solcher Feststellungen natürlich erheblich einschränkt.

Die Kritik Titos befaßte sich mit dem Schlüsselproblem der osteuropäischen Wirtschaftsreformen - der Rolle der Partei in einer modern geführten und entideologisierten Wirtschaft. Die Meinung der jugoslawischen Reformkräfte wurde am deutlichsten durch den Laibacher Universitätsprofessor Vratusa ausgedrückt, der u.a. feststellte:

- * "Es ergibt sich eine unhaltbare Situation, wenn die Partei ver-
- * sucht, alle Wirkungsbereiche zu monopolisieren. Uns schwebt nicht
- * allein die Lahmlegung der Staatsmacht, sondern auch jeder anderen
- * monopolistischen Macht, einschließlich derjenigen der Partei, vor."

Die Reformen richten sich also in erster Linie gegen diejenigen Führungskräfte, die ihre Qualifikation vornehmlich aus dem Partei-Mitgliedsbuch entnehmen, gegen jene also, die mit dem unmaßig aufgeblähten bürokratischen Apparat nahezu identisch sind. Die Reformen setzen sich andererseits für qualifizierte Kräfte ein, die keine parteipolitischen Bindungen haben und sowohl von der Wirtschaftsführung als auch vom eigentlichen Produktionsprozeß ausgeschlossen sind. Eine Zwischenlösung gibt es nicht: Eine nachträgliche Qualifikation der gegenwärtigen Führungsschicht ist schon aufgrund des hohen Durchschnittsalters ihrer Mitglieder undenkbar. In der jugoslawischen Partei selbst ist der Anteil der jungen und damit immerhin qualifizierungsfähigen Mitglieder innerhalb von sechs Jahren von 24 auf 34 Prozent gefallen.

Die "alte Garde" hat ausreichende materielle Gründe, sich gegen ihre Reduzierung und Ausschaltung aus den Führungspositionen zu wehren. Die Chancen, ein Einkommen von über 1 000 neuen Dinar monatlich (rund 320 DM) zu erzielen, sind jedenfalls in der Verwaltung sechsmal größer als im eigentlichen Produktionsprozeß.

So ergibt sich das Bild, daß der Anteil der Fachkräfte in der jugoslawischen Wirtschaft nicht nur stagniert, sondern sogar sinkt. Waren in der Belgrader Kommunalwirtschaft vor zwei Jahren noch 53 Prozent aller Führungskräfte ausgebildete Ingenieure, so sind es heute nur noch 47 Prozent. Ein anderes Beispiel: In Jugoslawiens zwei wichtigsten Lederzentren wurden insgesamt 380 Ledertechniker ausgebildet. Aber nur 40 von ihnen arbeiten in ihrem erlernten Beruf, so daß auf je zweieinhalb Lederfabriken jeweils nur eine hochqualifizierte Fachkraft entfällt. 149 Ledertechniker hingegen sind lieber den leichten Weg in die Verwaltung gegangen und 67 sind emigriert. Das Problem der osteuropäischen Wirtschaftsreformen ist also nicht ein rein wirtschaftliches, sondern eher ein soziales, für das die Partei selbst keine ideologische Erklärung finden kann.